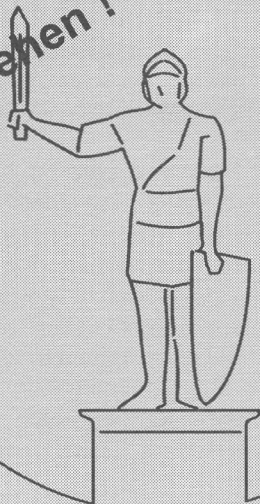


27. September:
Wählen gehen!



Rund um den Roland



Bürgerzeitung der SPD Bad Bramstedt

September 1998

23. Jahrgang

Zeit für den Wechsel

von MdB Franz Thönnies



Liebe Bad Bramstedterinnen,
liebe Bad Bramstedter,

In Deutschland ist es Zeit für den Wechsel. Wir sind ein starkes Land. Aber wir haben eine schwache Regierung mit Helmut Kohl als Bundeskanzler. Diese Regierung ist ausgebrannt und nicht in der Lage, die heutigen und zukünftigen Herausforderungen zu meistern. Ihre Bilanz ist ein Ausdruck ihrer gescheiterten Politik.

Über vier Millionen Menschen sind ohne Arbeit. Von einer Trendwende kann keine Rede sein. Wiederum stehen 25.000 junge Menschen zu Beginn eines Ausbildungsjahres ohne Lehrstelle da. Die Kranken wurden zur Kasse gebeten durch ungerechte Veränderungen im Gesundheitssystem.

CDU/CSU wollen die Renten kürzen. Steuern und Abgaben sind für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen auf ein nie dagewesenes Maß angestiegen. Familien mit Kindern werden viel zu hoch belastet. Mittel für Forschung und Entwicklung wurden gekürzt.

Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wurde gekürzt und der Kündigungsschutz zusammengestrichen. Die Vermögenssteuer wurde abgeschafft. Das erhoffte Resultat aber, mehr Arbeitsplätze, traf nicht ein.

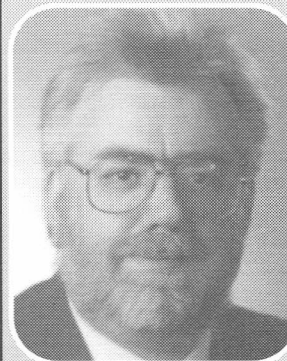
Gerade Bad Bramstedt wurde durch die Verschlechterungen im Gesundheitssystem, der Reduzierung von Kuren und den erhöhten Zuzahlungen negativ betroffen. Zählte man einst 250.000 - 260.000 Übernachtungen im Jahr, so sank diese Zahl auf 150.000 im Jahr 1997. Das hat Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft und den Handel und kostet Arbeitsplätze.

Für diese Politik und ihre negativen Folgen sind auch die schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten der Regierungskoalition (u.a. Würzbach und Koppelin) verantwortlich, die für diese Mehrheitsentscheidungen die Hand gehoben haben.

Die SPD wird in das Zentrum ihrer Politik den Abbau der Arbeitslosigkeit stellen. Alle politischen Entscheidungen müssen sich daran messen lassen, welche Wirkung sie auf die Beschäftigung haben. Für uns gilt der Grundsatz: „Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren!“

weiter auf Seite 2

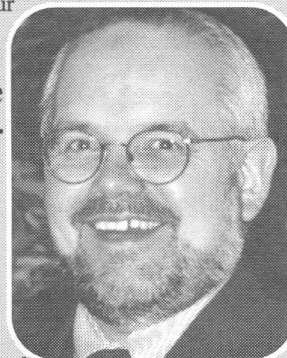
Personalie:



Uwe
Roock

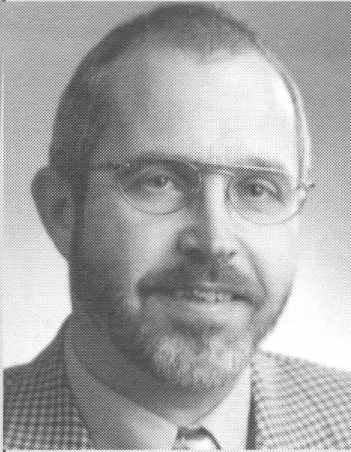
wird im Oktober für die Bad Bramstedter Sozialdemokraten ins Stadtparlament einziehen. Er kandidierte zur Kommunalwahl bereits für die SPD im Wahlkreis IX (Grundschule am Bahnhof). Er ist seit Jahren in der SPD aktiv und wohnt in Bad Bramstedts nordöstlichem Zipfel: Gayen. Sein Brot verdient der 45jährige bei einer Weltfirma in Hamburg als technischer Angestellter.

Er rückt nach in die Stadtverordnetenversammlung für



Uwe
Fiedler

der nach fünf Jahren Kommunalpolitik aus persönlichen Gründen seinen Rückzug erklärte. Die Sozialdemokraten danken ihm für sein Engagement.

Zwischenruf:

Wer regiert eigentlich in Bonn seit 16 Jahren ?

Wenn ich einige Talkshows oder andere Politikerauftritte sehe, höre ich immer, was alles besser werden muß in unserem Land. Heftige Kritik an den Zuständen wird geübt: Sozialabgaben zu hoch, Steuern zu hoch, Arbeit zu teuer, Bildung liegt am Boden, Gesundheit wird zum Luxusgut usw. usw.

Ich meine: Richtig, recht haben die !

Doch - was mich verwirrt: Da sprechen nicht etwa Oppositionspolitiker, nein, es die Herren Waigel, Geißler, Westerwelle und wie sie alle heißen. Gehören die nicht zu den Parteien, die seit 16 Jahren die Regierung stellen ? Was haben sie denn die letzten Jahre gemacht, wenn sie sich jetzt so beklagen müssen ?

Ich stelle fest: Wer unser Land so heruntergewirtschaftet hat, daß er es selbst nicht mehr aushalten, muß seinen Hut nehmen und nach Hause gehen - oder vom Wähler nach Hause geschickt werden.

Hierzu haben wir am 27. September die Gelegenheit und sollten sie ohne Zögern nutzen.

Ihr Bodo Clausen

Impressum:

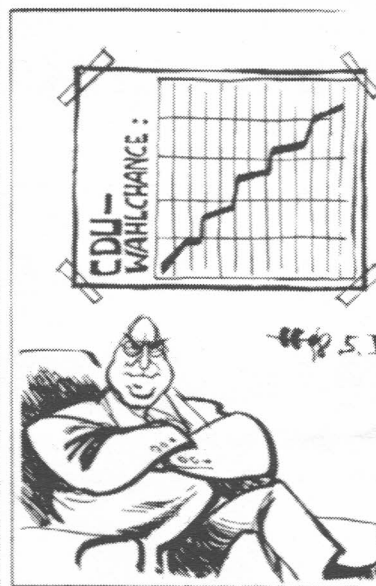
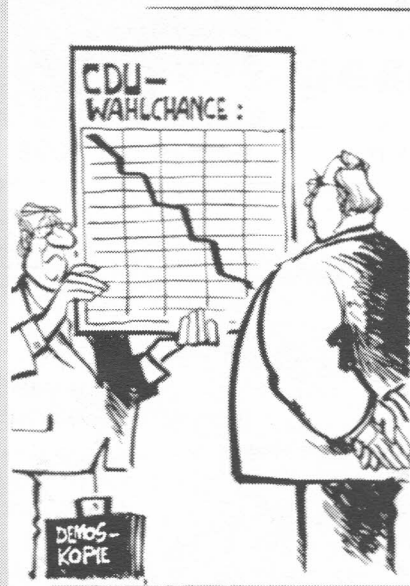
Herausgeber: SPD Bad Bramstedt.
V.i.S.d.P.: Bodo Clausen, Holsatenallee
15 e, 24576 Bad Bramstedt.
Auflage: ca. 5.500 Exemplare

Steuergerechtigkeit !?

Im **Handelsblatt** vom 19. August 1997 heißt es, gestützt auf eine Studie des Rechnungshofes Baden-Württemberg: "Ein Steuerzahler, der 1994 4,3 Mill. DM verdiente, investierte 13,6 Mill. DM in eine Mietwohnanlage in den neuen Bundesländern. Der daraus zugerechnete Verlust von 6,1 Mill. DM senkte seine Einkommensteuer für dieses Jahr auf Null. Zudem erhielt er infolge eines Verlustrücktrags die für 1992 und 1993 bereits gezahlten Steuern in vollem Umfang zurück. Da der Mann im Veranlagungsjahr 1994 auch noch negative Einkünfte aus einer Schiffahrtsbeteiligung

und von einer Verlustzuweisungsgesellschaft von insgesamt 1,5 Mill. DM erzielte, kann er für die Folgejahre noch einen Verlustvortrag geltend machen, der seine Steuer ,entscheidend mindern wird“.

Im SPD-Wahlprogramm heißt es: „Durch Einführung einer Mindestbesteuerung werden wir sicherstellen, daß sich gut verdienende Abschreibungskünstler nicht wie bisher der Besteuerung entziehen können: Dazu wird bei der Ermittlung der Summe der Einkünfte die steuerliche Absetzbarkeit von Verlusten begrenzt.“



Fortsetzung von Seite 1:

Franz Thönnnes:

Mit einem Sofortprogramm für junge Menschen, wollen wir 100.000 Jugendlichen Arbeits- und Qualifikationsangebote unterbreiten. Kein Jugendlicher darf die Schule in die Arbeitslosigkeit hinein verlassen. Das kommt auch in Bad Bramstedt viel zu häufig vor.

Mit einer **gerechten Steuerreform** wollen wir das Steuerrecht vereinfachen und insbesondere die Familien entlasten. Unsere Gesellschaft braucht den sozialen Zusammenhalt. Marktwirtschaft und Sozialstaat ergänzen sich. Renten und Gesundheit dürfen nicht zur Melkkuh einer desolaten Finanzpolitik werden.

Die Zukunft der Heil- und Kurbäder wollen wir sichern.

Wir brauchen in Deutschland eine **starke Wirtschaft. Mittelstand und Handwerk** sind ihr Rückgrat. Für sie und die Existenzgründer müssen die Rahmenbedingungen verbessert werden.

Arbeit und Umwelt gehören zusammen. Dabei wollen wir eine dauerhafte soziale und umweltverträgliche Entwicklung. Hier sind wir gegenüber unseren Kindern und

zukünftigen Generationen in der Verantwortung.

Wir versprechen nicht das Blaue vom Himmel. Aber wir wollen eine andere und bessere Politik als die jetzige Regierung machen. Unsere Nachbarländer zeigen uns, daß man es gemeinsam schaffen kann. Nicht jeder gegen jeden - sondern so, wie Deutschland groß geworden ist, in dem alle mitangepackt haben und die Lasten nicht einseitig verteilt wurden.

Es ist Zeit für einen Wechsel. Zeit für eine Politik für Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit. Bitte geben Sie mir am 27.9.98 Ihre Erststimme und die Zweitstimme der SPD, damit Gerhard Schröder Kanzler wird.

Das 21. Jahrhundert bietet uns viele Chancen. Ich will dafür arbeiten, daß unsere Region eine lebenswerte Zukunft hat.

Herzlichst

Ihr **Franz Thönnnes**

Das Amtsgericht muß bleiben !



Am Rande des AKN-Jubiläums: Bad Bramstedts SPD-Fraktionsvorsitzende Gudrun Kockmann-Schadendorf diskutiert mit Finanzminister Möller das Thema Amtsgericht.

Zum wiederholten Male steht der Erhalt des Bad Bramstedter Amtsgerichtes auf dem Spiel.

Immer wieder scheint bei Sparappellen im Lande irgendjemand diesen Vorschlag aus den Tiefen seiner Schubladen hervorzuholen.

Dabei arbeitet dieses Gericht anerkanntermaßen effektiv mit kurzen Bearbeitungszeiten im Registerwesen und bei Prozessen. Das ist Bürgernähe, wie man sie sich wünscht.

Allein schon darum ziehen die großen Bad Bramstedter Parteien an einem Strang, um den Erhalt des Gerichtes zu bewirken.

Die Sozialdemokraten lassen nichts unver-

sucht, um in der Kieler Regierungskoalition noch ein Umschwenken zu erreichen und hat dem Land bereits verschiedenen Alternativmodelle angeboten.

Von einem Neubau durch einen Privatinvestor und Anmietung durch das Land, über einen Ankauf des jetzigen Gebäudes und eine Vermietung bis hin zu einem schlichten Stillhalten für einige Jahre, sind viele Modelle ins Gespräch gebracht worden.

Die Sozialdemokraten hoffen, daß eine Lösung gefunden wird, um trotz der durch die Waigelsche Finanzpolitik ausgelösten Sparzwänge den Erhalt des Gerichtes zu erreichen.



An vielen Marktständen der SPD gibt es jetzt diese „Garantiekarte“ des Gerhard Schröder. Die Karte soll der Empfänger aufbewahren, um prüfen zu können, ob Schröder als Kanzler seine Zusagen einlöst:

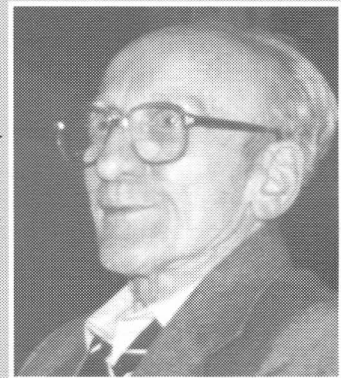
1. **Konzertierte Aktion für Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit**
2. **Sofortprogramm mit 100.000 Arbeitsplätzen für Jugendliche**
3. **Aufbau Ost wird Chefsache**
4. **Deutschland wird Ideenfabrik**
5. **Bekämpfung der Kriminalität**
6. **Aktionsprogramm „Frau und Beruf“**
7. **2.500 Mark Steuerentlastung für Familien mit Kindern**
8. **Bezahlbare Gesundheit**
9. **Korrektur von Kohls Fehlern bei Rente, Kündigungsschutz und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall**

Zwei Weggefährten sind von uns gegangen.

Ein kleiner Nachruf auf Gerhard Binzus und Hermann Meinke

Bad Bramstedt. In den letzten Augusttagen verstarben kurz nacheinander Hermann Meinke und Gerhard Binzus. Beide haben über viele Jahre großen und hervorragenden Einsatz für die sozialdemokratische Idee gezeigt. Auch wenn sie rund 20 Lebensjahre im Alter trennten, verband sie Vieles -u.a. einige Jahre gemeinsame Vorstandstätigkeit um 1970 herum.

Hermann Meinke trat der SPD vor mehr als 70 Jahren bei und erlebte am eigenen Leib die „braune Zeit“. Kaum nachvollziehbar für die heutige Jugend, wenn er erzählte, wie er mit dem Fahrrad verbotene sozialdemokratische Flugblätter über Land fuhr, um sie an einem konspirativem Ort an den nächsten Kameraden zu übergeben. Die Überzeugung für die gemeinsame Idee ließ ihn die Angst vor Verhaftung überwinden. Und die Begeisterung für die Sache ließ er sich auch in hohem Alter nicht nehmen. Zu Veranstaltungen und zu vielen Versammlungen: Hermann kam und diskutierte mit. So kannten wir ihn, so werden wir uns seiner erinnern.



Ingrid Olef (eMdl) und Gerhard Binzus im Gespräch

Gerhard Binzus prägte die Bad Bramstedter SPD der 70er Jahre als Vorsitzender und bis weit in die 80er Jahre als Fraktionsvorsitzender.

Er hat wohl die turbulentesten Jahre in diesem Amt innegehabt und bewältigt. Denn während heute die Parteien nach Mitsprache der Bürger und Mitglieder rufen, wurde in den 70ern gestritten und diskutiert, was „das Zeug hält“. Es mußte niemand um Mitarbeit gebeten werden, sondern Ämter und Positionen wurden in Kampfabstimmungen erstritten und besetzt. Das waren keine einfachen Zeiten in einem solchen Amt. Gerhard stand es durch und blieb seinen eigenen Überzeugungen und Erkenntnissen treu.

Auch wenn die Gesundheit ihm in den letzten Jahren zu schafften machte, wirkte er weiter in Ausschüssen und Fraktion an der politischen Arbeit mit. Er verläßt uns zu jung, sein scharfer Verstand und sein Rat werden uns fehlen.



Politikwechsel in Deutschland.
Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit.

Oskar Lafontaine

22. September 1998

17.00 Uhr Rathaus, Norderstedt

20.00 Uhr Stadthalle, Neumünster

SPD

Wir sind bereit.

Einladung / Termine

Franz Thönnies kommt, und zwar zum Thema

Kuren und Heilen

mit Karl Hermann Haack, MdB

15. September,

19.30 Uhr Hotel zur Post,

Bad Bramstedt



Arbeit und soziale Gerechtigkeit

mit Heide Moser und Hubertus Schmoldt

16. September, 19.30 Uhr Rathaus, Norderstedt

Gerechte Steuern

mit Claus Möller

17. September, 19.30 Uhr, Stadthaus, Bargtheide

21. September, 19.30 Uhr, Rathaus, Bad Segeberg

Sicherheit gemeinsame Aufgabe

mit Ekkehart Wienholtz

24. September, 19.30 Uhr, Bürgerhaus, Bad Oldesloe

**H a l l o G r ü n e,
B u n t e u n d a l l e
a n d e r e n
Nichtregierungswähler:**

Bei der letzten Bundestagswahl gingen zahlreiche Wahlkreise an die CDU, weil FDP-Wähler ihre Erststimme der CDU gaben (in unserem Wahlkreis: Ca. 7.100 FDP-Erststimmen und 15.900 Zweitstimmen.) Die "Grünen" erhielten damals bei 15.500 Zweitstimmen auch 15.000 Erststimmen. Diese Stimmen waren verschenkt und kamen der CDU zu gute!

Da waren die FDP-Wähler viel strategischer in ihrer Wahlentscheidung.

Wer den Wechsel in Bonn will, der sollte auch den Wechsel im Wahlkreis ermöglichen. Also für alle Grünwähler u.a.m. gilt:

Die Erststimme sollte gezielt eingesetzt werden, nämlich für die SPD.

Damit der Wechsel auch in diesem Wahlkreis klappt.

Unser Service:

Wir fahren Sie ins Wahllokal.

1554

Rufen Sie an:

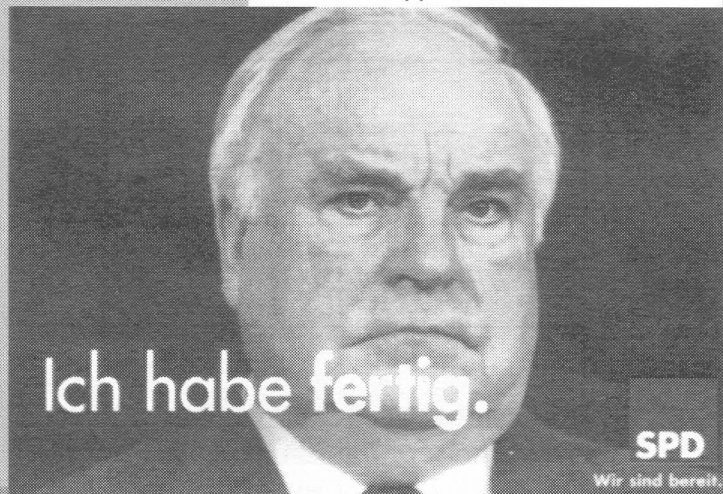
Für WählerInnen, Freunde und Mitglieder:

am 27.9.1998 ab 18 Uhr im

„Kaisersaal“

SPD-Wahlparty

Sie sind herzlich willkommen.



Plakatvorschlag aus SAT 1, Harald-Schmidt-Show